



Guatemala Stadt, Ende November 2016

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (19)

Heute, am 29.11., wachen wir mit folgenden Zeitungstiteln auf: "Verfassungsreform in der Falle" und "Die Straffreiheit geht weiter; Abgeordnete schützen sich und vermeiden agile Ermittlungen". Gestern war es zur dritten Lesung von zwei der drei entscheidenden Themen der Reform gekommen: Die Erlaubnis der Staatsanwaltschaft bei vorliegenden Verdachtsgründen gegen Präsidenten und Vizepräsidenten, Abgeordnete, Bürgermeister, Richter etc. ermitteln zu dürfen, bevor ihr Recht auf Immunität (Antejuicio) angetastet wird; und die Frage, ob die Jahrhunderte alte Maya-Justiz für geringere Delikte und soziale Konflikte offiziell anerkannt würde (juristischer Pluralismus). Die Diskussion der Kernreform mit einem verfassungsrechtlich garantierten Berufsrichtertum steht noch aus.

Im letzten Jahr war eine Hauptforderung der Demonstrationen die Abschaffung des Privilegs des "Antejuicios", nur dass die vorgelegte Reform das längst aufgegeben hat, weil sie politisch nicht durchsetzbar wäre. Die für die Reform notwendige Volksbefragung könnte gegen den Widerstand der Bürgermeister und Abgeordneten niemals gewonnen werden. Tatsache ist, dass auch diese abgespeckte Version, die der Staatsanwaltschaft lediglich erlauben wollte, Fakten zu sammeln, um dann ggfs. die Immunitätsaufhebung zu beantragen, gestern nicht annähernd an die erforderliche Zweidrittelmehrheit kam (86 von 105). Nach der Sitzung gab der zuletzt an dieser Stelle oft

erwähnte Neu-Abgeordnete Melgar Padilla, selbst im Visier der Staatsanwaltschaft wegen der Ausspitzelung der Opposition, folgenden Kommentar ab: "Wieso sollten wir ein Recht gegen Ermittlungen, das wir einmal haben, aufweichen lassen?" Aktuell haben 17 Abgeordnete Immunitätsaufhebungsverfahren und da fällt der Schulterchluss natürlich leicht.

Danach stand die Debatte des juristischen Pluralismus an. CACIF und die Kammern für Industrie und Landwirtschaft hatten zuvor klar Stellung bezogen. "Maya-Justiz niemals" und "Wir akzeptieren keine Lynchjustiz". Es war der schiere Rassismus, der hinter solchen Worten stand. Die Generalstaatsanwältin kommentierte das gestern noch mit folgenden Worten: "Ich verstehe nicht, wie man gegen etwas sein kann, das seit vielen Jahren existiert und das uns mit Stolz erfüllen sollte. In Sololá wurden im letzten Jahr 2000 Fälle durch die aneztralen Autoritäten gelöst, ohne Gewalt und ohne Kosten für den Staat. Das offizielle System hätte das nie geschafft."

Das Maya-Recht baut auf Konflikttransformation auf und nicht auf Gewalt oder Lynchjustiz. "Die Nichtanerkennung von etwas, das existiert, funktioniert und weiter existieren wird ist reine Ignoranz," sagte der Ombudsmann für Menschenrechte. Es ist der Wunsch, diese "Indios" in die Schranken zu weisen, die statt dankbar billige Arbeitskraft zu sein, Rechte einfordern; der Rassismus ist Teil des Schulterchlusses gegen die Reformen, auch wenn zum Schluss nur 2 Stimmen von 105 fehlten.



Die CICIG hatte anlässlich der Vorstellung ihres 9. Jahresberichts vorgewarnt. Der Kampf gegen Straffreiheit und Korruption könne nur Erfolg haben, wenn sich die Mehrheit der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft für die Reformen zusammentue. Andernfalls drohe die Umkehrung der bisherigen Erfolge, das juristische Scheitern der Korruptionsverfahren eingeschlossen. Schon jetzt sind wir Zeugen davon, wie die in der Kaserne (!) Mariscal Zavala untergebrachten weisse Kragen-Täter politischen Einfluss nehmen, Befehle geben, an der Nominierung von Funktionären mitwirken und sowieso jedes Privileg geniessen, Grillnachmittage und Alkohol eingeschlossen. Richter Gálvez versucht gerade mit der Verlegung von neun von ihnen etwas mehr Kontrolle zu bekommen, aber gerade er wird jetzt angegriffen. Es sind diese dunklen Allianzen, die den Staat über viele Jahre kooptiert haben, die jetzt wieder im Aufwind sind.

Auf diesem Feld stehen jetzt viele Schlachten an, aber die entscheidenden finden im Kongress statt; dafür wurden im Oktober die Weichen gestellt, als die Exekutive und mit ihr die „Juntita“, die Kontrolle übernahm; zuerst im obersten Gerichtshof (CSJ) und dann im Kongress. Tatsache ist, dass die Regierungspartei FCN Anfang November noch in die Trickkiste greifen musste, nachdem die Kandidatur von García Rodas gescheitert war (Notizen 18). Mit Chinchilla wählte der Kongress dann einen Hinterbänkler, der wieder nicht aus der Regierungspartei kommt, sich aber von allen Seiten wird benutzen lassen. Er verweigerte gestern den Reformen seine Stimme und Noch-

Präsident Taracena, der für die Reformen kämpfte, schrieb dem Kongress ins Buch: “Sie haben ihn gewählt und sie werden historisch dafür bezahlen.“

Tatsache ist, dass Chinchilla auch mit den Stimmen der Convergencia und der URNG gewählt wurde, während Encuentro für Guatemala (Nineth Montenegro) und die UNE nicht für ihn stimmten. Die Basis der beiden erstgenannten Parteien protestierte schnell und es ist auch kaum zu begreifen, wie es dazu kam, zumal mehrere ihrer Abgeordneten schon zwei Wochen vorher mit der Ultrarechten um Linares Beltranena (PAN) dafür gestimmt hatten, den Botschafter der Vereinigten Staaten für „Non Grata“ zu erklären. 23 Abgeordnete stimmten für diesen absurden Antrag, der sicher nicht ihrem plötzlich entdeckten Antiimperialismus geschuldet war, sondern eher der Tatsache, dass der Botschafter vehementer Verfechter der Reformen und der CICIG ist.

Vielleicht wirft die Erklärung von Sao Paulo (Notizen 14) ein Licht hierauf; im Juni hatte die traditionale Linke Lateinamerikas gegen die CICIG als Werkzeug des „US-Imperialismus“ gewettert, was aber wohl eher mit den Ermittlungen der CICIG gegen Medienzar Ángel González zu tun hatte, der in Nicaragua, Ecuador, Salvador, Bolivien etc. beste Beziehungen zu den linken Regierungen hat. Diese undurchsichtige politische Gemengelage im Kongress macht die Situation für das, was kommt sicher nicht einfacher, zumal Noch-Präsident Taracena versprochen hat, den juristischen Pluralismus erneut auf die Tagesordnung zu setzen. *Miguel Mörth*